

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1950-1950 1950

73 (3.4.1950)

UNSTER TAG

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S. 2, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Hermann Jerrtrup. Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 12, Fernruf 2248. Offenburg, Friedrichstraße 42; Rastatt, Kaiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 12; Lörrach, Feldbergstraße 7; Konstanz, Hussenstraße 49.

Volkszeitung für Baden

ersch. täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einsch. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,00 suz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 1477, Städt. Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in all. Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 73

Montag, 3. April 1950

Preis 15 Pfg.

Aus dem Inhalt:

Brotpreiserhöhung auf Befehl
Mc Cloys

Ein rechter sozialdemokratischer
Führer gestorben

Schriftmacher der USA-Imperialisten

Die Millionäre leben

36 Millionen DM für eine Vergnügungsfahrt
In seinem Heimathafen Southampton traf der neueste britische Luxusdampfer, die „Caronia“ nach einer zehnwöchigen Weltreise wieder ein. Die teuerste Kabine hatte für diese Reise 24 000 Dollar gekostet. Die billigste 2500 Dollar. Ist es ein Wunder, daß auch 20 amerikanische Millionäre an Bord waren? Hatten sie doch die Garantie unter „Kollegen“ zu sein. In den 74 Tagen dieser Reise wurde von den Passagieren insgesamt 3 750 000 Dollar ausgegeben, teilte der Zahlmeister des Dampfers stolz mit.

In DM umgerechnet, kostete diese kleine Vergnügungsfahrt finanzstarker Privatleute etwa 36 Millionen DM. Im westdeutschen Separatstaat, wo die Arbeiter im Durchschnitt 40 DM wöchentlich ausbezahlt bekommen, reichen diese 36 Millionen für 800 000 Wochenlöhne. Mit den Familienangehörigen dieser 800 000 Arbeiter sind es also mindestens 2,5 Millionen Menschen, die mit einer solchen Summe eine Woche lang auskommen müssen. Was ihre Ausbeuter — ohne vorher gearbeitet zu haben — „veramüsieren“ können, davon müssen Arbeiterfamilien nach harter Arbeit sich kümmerlich genug ernähren.

Die Millionäre verteidigen diesen Zustand entsprechend ihren Interessen. Darum wird den Arbeitern in der kapitalistischen Welt der Hungerriemen immer enger gezogen, darum wird ihnen das Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft vorenthalten und darum werden die demokratischen Rechte der Werktätigen immer mehr beschnitten. Und weil die Millionäre immer noch mehr verdienen wollen und weil andere Ausbeuter, die es noch nicht sind, auch Millionäre werden wollen, darum wird ein neuer Krieg vorbereitet. Der Antifaschismus und das Rüsteten gegen die Sowjetunion dienen dem Ziel, die Knechtung der Ausbeuteten noch zu vertiefen. Wir aber müssen uns in die Front des Friedens einreihen und müssen ein festes Freundschaftsbündnis mit der Sowjetunion schaffen. Die den Freiheitskampf aller versklavten Völker unterstützt und das Lager des Friedens durch seine Kraft entscheidend stärkt.

Außenpolitische Einheitsfront Adenauer-Schumacher

Von Walter Fisch, Mitglied des Bundestages

Bonn. Eine scheinbar geringfügige Angelegenheit wurde am Morgen des 31. 3. vom Bundestag ohne Zulassung einer Aussprache erledigt. In Wirklichkeit ist diese Frage gar nicht geringfügig. Hinter ihr verbirgt sich die gesamte sogenannte „außenpolitische Linie“ der Herren Adenauer und Schumacher.

Mit einer Eile, die in der bisherigen Praxis des Bundestages erstmalig ist und darum Mißtrauen erregen muß, wurde ein am Vortag eingebrachter sozialdemokratischer Antrag in positivem Sinne erledigt: Die SPD-Fraktion hatte beantragt, „im Rahmen des Bundeskanzleramtes“, also unter der Verantwortung des Herrn Adenauer, wolle „mit großer Beschleunigung ein sachgerechtes und zweckmäßig organisiertes Staatssekretariat für Besatzungsfragen und auswärtige Angelegenheiten“ eingerichtet werden. Am Abend des 30. 3., zwei Tage nach der Formulierung des Antrages, wurde er dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, aus dem die kommunistische Fraktion bekanntlich ausgeschlossen ist, überwiesen. Schon um 8 Uhr am Morgen des 31. 3. befaßte sich dieser Ausschuß mit dem SPD-Antrag. Bereits drei Stunden später wurde das Ergebnis außerhalb der Tagesordnung im Plenum bekanntgegeben. Danach haben sich alle Parteien mit Ausnahme der KPD einheitlich für die sofortige Errichtung eines Bundesamtes „für Besatzungsfragen und auswärtige Angelegenheiten“ ausgesprochen, für welche „alsbald“ von Herrn Adenauer ein Staatssekretariat zu ernennen sei. Welchen Zweck soll dieses Manöver, dem der Stempel der Zweideutigkeit nur allzu deutlich aufgeprägt ist, dienen? Erstens stellt es einen plumpen Roßtäuschertrick gegenüber dem deutschen Volke dar, durch den der Eindruck erweckt werden soll, als ob die westdeutsche Separatregierung eine selbständige Außenpolitik betreiben könne. Offensichtlich haben amerikanische Stellen die Bonner Herren wieder einmal inspiriert, weil sie glauben, es sei nötig, der Souveränität der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auch in außenpolitischen Fragen etwas „ähnliches“ gegenüberzustellen. Jedermann aber weiß, daß die Bonner Separatregierung keinerlei Souveränitätsrechte besitzt, und schon gar nicht in außenpolitischen Dingen. Ueber ausnahmslos alle außenpolitischen Pläne entscheiden die Hohen Kommissare. Bei ihnen sind die ausländischen Missionen akkreditiert, nicht bei Herrn Heuß. Kein einziger außenpolitischer Schritt kann unternommen werden, ohne ausdrückliche Bewilligung des Petersbergs. Das sind ganz reale unbestreitbare Tatsachen, die sich aus dem Besatzungsstatut ergeben. Solange das Besatzungsstatut existiert, so lange sich durch dieses die Hohen Kommissare alle entscheidenden Rechte vorbehalten haben, kann die Bonner Protektorenverwaltung auch in außenpolitischen Fragen nur Befehle durchführen, mögen sie auch als „Anregungen“ oder „Empfehlungen“ notdürftig getarnt sein.

Zweitens aber — und hier wird das Rätsel der sonderbaren Eile enthüllt, mit der die außenpolitische Einheitsfront Adenauer-Schumacher vorgeführt werden mußte — Dieser Beschluß des Bundestages steht in engster Verbindung mit den Bemühungen, die Bonner Separatregierung so schnell als mög-

lich in den sogenannten Europarat in Straßburg hineinzubringen. Herr Adenauer hat bekanntlich vor einigen Tagen drei „Bedingungen“ für den Eintritt Bonns in diese von dem Erzkleriker Churchill ins Leben gerufene Organisation gestellt.

Herr Adenauer hielt es für untragbar, noch länger aus dem antisowjetischen imperialistischen Block, der von Washington ferngesteuert wird, ausgeschlossen zu sein. Eine dieser Scheinbedingungen war, daß die Bonner Regierung einen Sitz im Ministerausschuß des Europarates erhalten solle. Sowohl die britische wie die französische Regierung ließen sehr bald erkennen, daß diese „Bedingungen“ Adenauers allzu plump den Bestimmungen des Besatzungsstatuts widersprechen. Von beiden Seiten wurde erklärt, daß nach dem Protektorsstatut die westdeutsche Bundesrepublik keine eigene Außenpolitik betreiben und darum auch keinen Anspruch auf Vertretung im Straßburger Ministerausschuß erheben könne. Die Herren Adenauer und Schumacher wollen aber, koste es, was es wolle, so schnell als möglich in den Straßburger „Europarat“ einsteigen und darum mußte nun über Nacht ein neues „außenpolitisches Amt“ konstruiert werden, dessen Existenz den Scheinbeweis für die außenpolitische „Aktionsfähigkeit“ der Bundesregierung erbringen soll. Was kümmert es die Herren Adenauer u. Schumacher, daß gleichzeitig mit den Vertretern der Bonner Protektorenverwaltung die Vertreter des „autonomen“ Saargebietes in Straßburg einziehen sollen? Was kümmert sie, daß durch das Eingehen auf diese Prozedur die Abspaltung des Saargebietes von Deutschland und seine Anerkennung als eigenes Staatsgebilde vorgenommen wird? Sie wollen in Straßburg dabei sein, weil sie hierzu von den amerikanischen Kriegsstrategen aufgefordert sind. Sie wollen nach Straßburg, weil sie genau wissen, daß der Anschluß Westdeutschlands an diese Westeuropamachtgruppierung eine neuerliche Vertiefung der Spaltung Deutschlands, eine neue Erschwerung auf dem Wege zur Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands darstellt. Sie wollen nach Straßburg, weil ihre Politik geleitet ist von einem blinden Haß gegen die Sowjetunion, die Volksdemokratien und die Deutsche Demokratische Republik, einem Haß, der ihnen widerspruchslos die Direktiven der amerikanischen Imperialisten zu befolgen gebietet. Dieser Politik dient die plötzliche und überleitete Errichtung eines „Bundesamtes für auswärtige Angelegenheiten“ und nichts ist bezeichnender als die Einheitlichkeit, mit der hier die Regierungs-Koalition und die Schumacher-Führung der SPD auftritt.

Die Nationale Front des demokratischen Deutschlands wird dieses Manöver der notorischen Spalter und Verderber Deutschlands zerschlagen, wird unser Volk davon überzeugen, daß die Einreihung Westdeutschlands in den Block der Kriegstreiber Tod und Verderben bedeutet. Sie wird unser Volk davon überzeugen, daß die einzige Außenpolitik, die den Weg zu Frieden und Freiheit eröffnet, in der engen Freundschaft eines eintenden und unabhängigen Deutschlands mit der Sowjetunion und allen anderen Völkern der großen Weltfront des Friedens und der Demokratie besteht.

Ziel der USA-Strategie

Die Andern sollen sich opfern

USA-General Bradley: „Westeuropa muß sich selbst verteidigen“ — Verstärktes Wettrüsten in Den Haag beschlossen — Die Friedenskräfte sind stärker

Den Haag (EB). Gestern strömten aus ganz Holland die Friedensfreunde in Den Haag zusammen, um gegen die Militärkonferenz der Atlantikpaktstaaten zu manifestieren. Ihre Kundgebung richtete sich gegen die Ausarbeitung konkreter Pläne für den dritten Weltkrieg und die Festsetzung von Menschenkontingenten, die als Kanonenfutter im kommenden Krieg eingesetzt werden sollen.

Der USA-Stabschef, General Bradley, gab seinen westeuropäischen Verbündeten bekannt, daß sie im Kriegsfall nicht auf einen amerikanischen Befreiungskrieg warten können. Die westeuropäischen Staaten müßten sich selbst verteidigen, und nach den USA-Plänen soll eine kombinierte westeuropäische Streitmacht geschaffen werden. Großbritannien soll Seestreitkräfte und die Luftwaffe, während Frankreich vor allem Panzertruppen stellen soll. Holland, Belgien, Norwegen und Dänemark sollen die Küsten-

verteidigung entwickeln und ebenso Landstreitkräfte stellen. Vor allem beschäftigen sich die Kriegsstrategen bei ihrer Tagung mit der Ausnutzung der Menschenreserven in Westdeutschland. Die Protektoratsverwaltung in Bonn soll vor allem die Massen der Infanterie bereitstellen, wenn es zu einem Konflikt mit der Sowjetunion kommt.

Auch der frühere französische Generalstabschef, General Billotte, befrwortete die Wiederaufrüstung und Bewaffnung Westdeutschlands, ohne die, wie er sagte, eine

Verteidigung an der Elbe nicht möglich ist. Wie General Bradley bekannt gab, werden seit Oktober vorigen Jahres in den USA die Instruktionsoffiziere für die kombinierten westeuropäischen Streitkräfte und auch für die deutschen Kontingente ausgebildet.

Es steht also fest, daß die USA-Armeeleitung auf Kosten anderer Völker ihre abenteuerlichen Kriegspläne durchsetzen will. Angesichts der Tatsache, daß England, Frankreich und Westdeutschland die Kastanien aus dem Feuer holen sollen, ruft die dem französischen Außenamt nahestehende Pariser Zeitung „Le Monde“ nach einer Neutralisierung Westeuropas. Das ist das Eingeständnis des Bankrotts der sogenannten Atlantikpaktstrategie.

Es erweist sich somit die Richtigkeit der Tatsache, daß die Kräfte des Friedenslagers unter der Führung der Sowjetunion stärker in Europa und in der Welt sind und daß jeder Versuch seitens amerikanischer und deutscher Kriegstreiber, die deutsche Jugend oder die anderer westeuropäischer Länder zu einem Krieg gegen den Osten zu ermuntern, ein von vornherein verlorenes und verbrecherisches Abenteuer ist. Alle Versuche, nach Aufnahme Westdeutschlands in den Europarat die Remilitarisierung durchzuführen, müssen auf das energischste bekämpft werden. Das deutsche Volk läßt sich nicht für die Kriegspläne der USA-Imperialisten mißbrauchen.

Landarbeiter fordern höhere Löhne

Tarifvertrag auf 30. Juni gekündigt
Stuttgart (EB). Nachdem die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft seit Monaten eine Bewegung für die Verbesserung der Landarbeiterlöhne durchgeführt hat, die im wesentlichen ohne Erfolg blieb, hat sie sich jetzt entschlossen, den im Juli 1948 abgeschlossenen Tarifvertrag für die Landwirtschaft Württemberg-Baden zum 30. Juni 1950 zu kündigen.

Das Problem der Erhöhung der weit unter dem Existenzminimum liegenden Landarbeiterlöhne ist seit langer Zeit Gegenstand der Diskussion.

Es ist heute bereits offenes Geheimnis, daß der Landarbeitermangel nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß die Löhne, die in der Landwirtschaft gezahlt werden, meist unter dem Existenzminimum liegen.

Der Kampf der Landarbeiter um höheren Lohn wird die Unterstützung der in den Industriegewerkschaften organisierten Arbeiter finden, denn für beide steht dasselbe Problem: Der Kampf gegen den Angriff auf ihr Existenzminimum.

Die Besatzungskosten steigen

Das Gegenteil gemachter Versprechungen tritt ein

Die Besatzungskosten werden im künftigen Rechnungsjahr nun doch wieder 4,5 Milliarden D-Mark betragen, meldet die Stuttgarter „Deutsche Zeitung“ vom 22. März 1950.

In einer Note der Militärregierung, die vor kurzem der Adenauer-Regierung zugeleitet wurde, war die Höhe der Besatzungskosten mit rund 4,1 Milliarden DM angegeben. Das wäre eine geringe Herabsetzung der Besatzungskosten gewesen, aber trotzdem war den Ministern der Spalterregierung gewissemaßen „die Spucke weggeblieben“. Hatten sie doch mit einer viel größeren Herabsetzung der unerträglichen Belastung durch die Besatzungskosten bestimmt gerechnet. Der „Industriekurier“ gab dieser Enttäuschung Ausdruck. Auf deutscher Seite sei man auf 2,5 bis 3 Milliarden gefaßt gewesen, schrieb das Blatt am 4. März 1950, aber

... nur 10 Prozent wollen die Alliierten gegenüber dem Vorjahre einsparen. Das ist herzlich wenig, wenn man bedenkt, wie viele Aufgaben inzwischen in deutsche Kompetenz übergingen.

Die neuen Zahlen des Besatzungskostenhaushaltes zeigen nun, daß auch diese, von

den Kommissaren vor Wochen angekündigte Herabsetzung um 10 Prozent nicht Wirklichkeit geworden ist. Es bleibt bei den 4,5 Milliarden, trotzdem verschiedene Ausgabenposten, die früher in den Besatzungskosten enthalten waren, inzwischen vom Haushalt des westdeutschen Separatstaates übernommen werden mußten. Das bedeutet also eine erneute Heraussetzung der Besatzungskosten, eine Mehrbelastung für die westdeutschen Steuerzahler.

Auffälligerweise verschweigt fast die gesamte bürgerliche Presse in Westdeutschland diese Meldung, die doch immerhin von sehr großer Bedeutung für die westdeutsche Bevölkerung ist. Wird ihr doch damit eine Mehrbelastung von mindestens 500 Millionen D-Mark auferlegt, über die einfach mit Still-schweigen hinweggegangen wird. Dabei ist noch gar nicht einmal gesagt, daß es bei dieser Summe bleiben wird. Die „Deutsche Zeitung“ schreibt in diesem Zusammenhang:

„Hierbei ist besonders zu berücksichtigen, daß sich die alliierte Hohe Kommission ausdrücklich die Nachforderungen von Beträgen über den jetzigen Vorschlag hinaus vorbehalten hat.“

Schon heute steht fest, daß die Aufwendung für die DP's (ausländische Personen, die nicht wieder in ihre Heimat zurückkehren und von den deutschen Steuerzahlern unterhalten werden müssen) nur noch bis zum 30. Juni 1950 im Besatzungskostenhaushalt geführt werden und von diesem Zeitpunkt an den

Haushalt des westdeutschen Separatstaates belasten.

Aber noch etwas anderes verschweigt die amerikanisierte Presse in Westdeutschland, nämlich die Tatsache, daß im Osten Deutschlands, in der Deutschen Demokratischen Republik, die Kosten für die sowjetischen Kontroll- und Besatzungsorgane nicht nur in enger Zusammenarbeit mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik festgelegt werden, sondern daß sie in den letzten Jahren ständig zurückgegangen sind und heute einschließlich aller Reparationsleistungen nur noch 6,3 Prozent der Brutto-Produktion der Industrie betragen. Davon sind nur 1,9 Prozent, das sind die Aufwendungen für die sowjetischen Kontroll- und Besatzungsorgane, vergleichbar mit den Besatzungskosten des westdeutschen Kolonialstaates. Das ist eine verhältnismäßig niedrige Summe, verglichen mit der 4,5 Milliarden-Besatzungslast und der entsprechenden Brutto-Produktion in Westdeutschland, die nur einen geringen Bruchteil der westlichen Besatzungskosten ausmacht.

Der Druck der amerikanischen Imperialisten auf Westdeutschland wird immer stärker und die Schulden Westdeutschlands werden immer größer. Aber stärker wird auch der Ruf der westdeutschen Bevölkerung nach dem Abzug der Besatzungsmächte, nach der Wiedervereinigung Deutschlands und der vollen Souveränität unseres Vaterlandes.

H. H.

Angriff auf das Betriebsräte-Gesetz

Nun erst recht: Die besten Gewerkschaftler in den Betriebsrat

Freiburg (EB). Das Landesarbeitsgericht Freiburg fällt in einer Verhandlung ein Urteil, das im schroffen Gegensatz zu den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes steht. Während der Artikel 1 des Kontrollratsgesetzes Nr. 22 ausdrücklich festlegt, daß der Betriebsrat zur Wahrnehmung der beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter und Angestellten in den einzelnen Betrieben berufen wird, lautet der Entscheid des Freiburger Landesarbeitsge-

richts, daß ein Betriebsrat nicht berechtigt sei, die Lohnforderungen gerichtlich geltend zu machen.

Damit reißt sich das Landesarbeitsgericht in die Reihe derjenigen Richter ein, denen es in Prozessen auf eine Rechtsbeugung mehr oder weniger nicht ankommt. Bei dem Urteil in Freiburg handelt es sich um einen eklatanten Verstoß gegen das Recht des Betriebsrates. Ausdrücklich heißt es im Art. 5 des Gesetzes: „... hat der Betriebsrat die folgenden den Schutz der Interessen der Arbeiter und Angestellten eines Betriebes betreffende Aufgaben:

Beschwerden zu untersuchen und mit den Arbeitgebern zu besprechen. Arbeiter, Angestellte und Gewerkschaften bei der Vorbereitung von Fällen, die den Gewerbeaufsichtsbeamten, den Sozialversicherungs- und Arbeitsschutzbehörden, den Arbeitsgerichten und anderen Behörden, die für die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten zuständig sind, unterbreitet werden sollen, behilflich zu sein.

So lautet die klare Formulierung des Gesetzes. Das Landesarbeitsgericht aber spricht dem Betriebsrat das Recht ab, Lohnforderungen der Arbeiter gerichtlich geltend zu machen und begründete diese Entscheidung sogar mit einer Berufung auf das Betriebsrätegesetz.

Der Entscheid des Landesarbeitsgerichts wird trotzdem einen Betriebsrat nicht vor der Erfüllung seiner Pflichten abhalten können. Die Arbeiter in den Betrieben stellen Lohnforderungen. Freiwillig werden die Unternehmer trotz aller Hattenheimer Gespräche keine Lohnerhöhungen zugestehen, obwohl die Schere zwischen Preis und Lohn diese gebieterisch verlangt. Darum erfüllen die Betriebsräte ihre Pflicht, wenn sie dafür sorgen, daß in den Betrieben die Belegschaft entschlossen ist, für diese Forderungen zu kämpfen. Die Zeit der Betriebsratswahlen ist besonders geeignet, um die Einheit in den Belegschaften zu schaffen, wenn die Wahlen nicht nach parteipolitischen Richtlinien, sondern nur nach dem Grundsatz „Den besten Gewerkschaftler in den Betriebsrat“ durchgeführt werden.

der Schweiz und in Italien größere Betrübungen begangen zu haben. Saarländische Kaufleute hatten in Paris kennen gelernt und nach Saarbrücken eingeladen. Sein richtiger Name konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Wieviele mußten eingesperrt werden
Ebingen (Südwestfalen). (dpa) Ein Fabrikant in Talingen, der sich wiederholt geweigert hatte, ein Flüchtlingshepar in die in seinem Haus beschlagnahmten Räume aufzunehmen, wurde jetzt auf Beschluß des Gemeinderats in den Gemeindearrest gesperrt. Während der Fabrikant im Arrest saß, zogen die Flüchtlinge unter dem Schutz der Polizei in das Fabrikantenhaus ein. Der widerspenstige Hausbesitzer wurde erst aus dem Arrest entlassen, als er dem Gemeinderat schriftlich versichert hatte, daß er das eingewiesene Flüchtlingshepar mit allen Rechten eines Mieters aufnehmen wird.

„La Rosa“ soll gehoben werden
Hamburg. (dpa) Der Panama-Dampfer „La Rosa“ der in der Nacht zum Dienstag im Hamburger Hafen ausbrannte und auf Grund ging, soll in der kommenden Woche gehoben werden. Die Polizei hofft, die Brandursache dann genau untersuchen zu können. Der arabische Heizer des Schiffes, der unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet worden war, ist inzwischen wieder entlassen worden.

Jagdflugzeug in der Luft explodiert
Bad Neuenahr. (dpa) Ein Jagdflugzeug, von dem angenommen wird, daß es belgisches Nationalität war, explodierte in der Nähe von Bad Bodendorf an der Ahr in etwa 150 Meter Höhe und stürzte brennend ab. Bisher wurden die zerschmetterten Körperteile eines Insassen und zwei Fallschirme gefunden. Polizei, Feuerwehr und Bevölkerung suchten das Unfallfeld, bisher vergeblich ab, um die Überreste eines etwaigen zweiten Insassen der verunglückten Maschine zu finden.

Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland

Gevelsberg. (EB) Wie wir erfahren, hat das Schwelmer Eisenwerk den offiziellen Auftrag erhalten, eine große Tankanlage für einen großen Flugplatz in der Nähe Frankfurts für Düsenflugzeuge herzustellen. Die Pläne liegen bereits auf dem Konstruktionsbüro in Schwelm und mit den Arbeiten ist bereits begonnen worden.

Es ist offensichtlich, daß die Herstellung einer Tankanlage für Düsenjäger nichts mit Besatzungszwecken zu tun hat, sondern eine der vielen Kriegsvorbereitungen ist, die auf deutschen Territorium von dem USA-Imperialismus vorgenommen werden. Die Bevölkerung des Ennepe-Ruhr-Kreises muß gegen diese Kriegsvorbereitungen Protest einlegen und durch eine große Friedensaktion die Einstellung der Kriegsproduktion erzwingen.

Am Streiflicht gezeihen

Nächtliche Devisen-Razzia in der Homburger Spielbank

Bad Homburg. Das Spielkasino in Bad Homburg wurde in der Nacht zum Sonntag überraschend von amerikanischen (3) und deutschen Kriminalbeamten nach Devisen durchsucht. Auf eine anonyme (1) Anzeige hin sollte geprüft werden, ob in der Spielbank ungesetzliche Devisentransaktionen stattfänden.

Kurz nach Mitternacht stürmten etwa 15 amerikanische (1) und deutsche Kriminalbeamten mit Militärpolizisten in das Kasino. Sämtliche Eingangstüren wurden verschlossen. Das Spiel mußte unterbrochen werden. Die Croupiers mußten den Inhalt ihrer Taschen und Brieftaschen vorzeigen und das gesamte Kasinopersonal, einschließlich Kellner und Köche, wurden durchsucht. Der Kassierer, der die Schlüssel zur Kasse und zu den Geldschranken bei sich trägt, wurde in seiner Wohnung aus dem Bett geholt und zum Kasino gebracht. Der Kassenbestand, der Inhalt der Safes und die Geschäftsbücher wurden gründlich geprüft.

Die Aktion ergab die Haltlosigkeit (1) der anonymen Anzeige. Die Leitung der Spielbank vermutet, daß sie ein Racheakt eines entlassenen Angestellten ist, dem Hochstapeler vorgeworfen wird. Soweit der offizielle Bericht. Uns soll einer weiß machen, daß Spielhöhlen in Ordnung sind. Das Ganze nimmt sich aus, als ob man es gestattet hätte, um den permanenten Skandal zu rechtfertigen.

„Fürst“ aus Transjordanien wird an die Schweiz ausgeliefert

Saarbrücken. Der Mitte dieser Woche in Saarbrücken von der internationalen Polizei verhaftete angebliche Fürst aus Transjordanien, Prinz Salidi Brazzi, soll, wie am Sonntagabend in Saarbrücken bekannt wurde, an die Schweiz ausgeliefert werden. Er hatte sich als Diplomat ausgegeben und steht unter dem Verdacht, in

Ein rechter sozialdemokratischer Führer †

Leon Blum, dessen Tod die Zeitungen melden, hat großen Anteil gehabt an der verhängnisvollen Entwicklung in Europa, die zum Hitlerkrieg mit allen seinen furchtbaren Folgen führte. Als Hitler und Mussolini im Jahre 1936 Spaniens Volk überfielen, das sich nach dem Siege der Volksfront bei den Wahlen eine demokratische Regierung gegeben hatte, machte Leon Blum damals selbst Chef der Regierung der Volksfront in Frankreich. Den Vorschlag der Nichtintervention, dankend quittierte es Hitler und Mussolini, daß die Mächte den Vorschlag Leon Blums annahmen. Ueber das republikanische Spanien wurde eine Art Blockade verhängt, während Hitler und Mussolini weiter Flugzeuge und anderes Kriegsmaterial, ja ganze Truppeneinheiten nach Spanien entsandten. Der faschistische Uebermacht unterlag das spanische Volk. Im Südwesten Frankreichs, jenseits der Pyrenäen hatte der Faschismus seinen Posten bezogen. General Franco war sein Statthalter. Ein Vorspiel zum Weltkrieg war entsprechend den Wünschen der faschistischen Kriegsanstifter abgeschlossen.

In seiner Eigenschaft als Regierungschef empfing Leon Blum den Abgesandten Hitlers, Hjalmar Schacht, der bei der Abreise von Paris erklärte, daß er Blum auf „die Gefahren der kommunistischen Propaganda“ aufmerksam gemacht habe. Nach der Kapitulation Frankreichs unter Daladier und Englands unter Chamberlain vor Hitler in München, die Hitler den Weg in die Tschechoslowakei öffnete, erklärte Leon Blum, daß er nun wieder ruhig schlafen könne.

War es in jener Zeit der britische Imperialismus, in dessen Kielwasser Leon Blum das französische Staatsschiff steuerte, so bemühte er sich nach dem zweiten Weltkrieg Frankreichs Schicksal an den amerikanischen Imperialismus zu fesseln. Zu diesem Zwecke reiste er als Unterhändler in die USA um dort Verträge auszuhandeln.

Leon Blum war einer der meist genannten rechten sozialdemokratischen Führer. 1920 auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei in Tours war beschlossen worden, den Beitritt zur kommunistischen Internationale zu vollziehen. Blum, in der Absicht zu spalten, mißachtete den mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß und gründete in der Folge eine neue Partei. Auf sein Betreiben hat später die sozialistische Partei Frankreichs den Klassenkampf aus ihrem Programm ausdrücklich verbannt. Er war und blieb ein erbitterter Feind der Einheit der Arbeiterklasse. Das zeigte sich besonders deutlich 1945 nach seiner Rückkehr nach Frankreich. Unter seinem Einfluß fanden die gemeinsamen Aktionen der Sozialistischen Partei und der Kommunistischen Partei Frankreichs, die es kurz nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus gab, ihr Ende.

Die einheitsfeindliche Politik der rechten Führer der französischen Sozialistischen Partei, die nach den Anweisungen Leon Blums betrieben wurde, die antikommunistische die antisowjetische Hetze, die häufig dazu führte, daß bei Wahlen rechte Sozialdemokraten die Losung ausgaben, für de Gaulle zu stimmen, hat den Niedergang der Sozialistischen Partei im wesentlichen verursacht. Die Kommunistische Partei Frankreichs hat aber verteidigt mit ihrer erfolgreichen Einheitsfront-Politik die Interessen der Arbeiterklasse Frankreichs und des französischen Volkes und gibt damit zugleich den Arbeiterparteien anderer Länder ein großes Beispiel.

Britische Kolonialherren wollen weiter peitschen lassen

Die Abschaffung der Auspeitschung in den Großbritannien von der UN unterstellten Treuhändergebieten in Afrika sei „unzweckmäßig“, sagte der britische Delegierte Cook im Treuhänderat der UN. Mit dieser Begründung enthielt sich dieser Vertreter „westlicher Kultur“ der Stimme, als über einen von den USA und Irak eingebrachten lendenlamen Antrag abgestimmt werden sollte, wonach Auspeitschungen in allen Treuhändergebieten der UN „sobald als möglich“ abgeschafft werden sollen.

Mord von Lentella entlarvt Regierung de Gasperi

Menschen, die Arbeit wollen, ohne Gericht zum Tode verurteilt

Die italienische Regierung de Gasperi hätte kein „Republikerschutzgesetz“ erlassen müssen denn in Italien ist auch ohne Gesetz der Mord an friedlichen Bürgern, die Arbeit fordern, schon lange an der Tagesordnung. Die das ganze Land umfassende Protestbewegung, die im Januar auf den Mord an sechs Arbeitern in Modena folgte, die gegen ihre Entlassung streikten, hat die italienische Reaktion noch nicht zur Vernunft gebracht. Im Gegenteil, die Gewaltakte und Mordtaten häufen sich. In einer Woche fanden drei Mordanschläge auf Arbeiter statt, in Venedig, in Parma, wo ein 32-jähriger Arbeiter zum Opfer fiel, der vier Jahre lang arbeitslos war, und in einem kleinen Dorf in den Abruzzen, in Lentella.

Französische Soldaten verweigern Streikbrecherarbeit

Paris. (Eig.-Ber.) Mehrere hundert französische Soldaten, die aus ihrer Garnison Montpellier nach Dieppe kommandiert wurden, um als Streikbrecher die Arbeit der seit einer Woche im Ausstand befindlichen Hafnarbeiter zu übernehmen, haben geweigert und sich geweigert, Lade- und Löscharbeiten im Hafen auszuführen.

Werktätige Frankreichs werden siegen

Paris. (EB) Abbe Boulier, Jacques Duclos u. zahlreiche andere fortschrittliche Persönlichkeiten erhoben am Donnerstag auf einer Kundgebung schärfsten Protest gegen die von der Regierung Bidault beschlossenen Maßnahmen zur Unterdrückung der Streikbewegung. Der Generalsekretär der C. G. T., Frachon, betonte, daß in diesem Kampf letzten Endes doch die Werktätigen siegen und die Kriegsverbrecher ebenso wie ihre verbrecherischen Gesetze verschwinden werden.

Zu den Kämpfen in Vietnam

Salgon. (EB) Die Aktivität der vietnamesischen Volksarmee im Gebiet von Salgon hat sich weiterhin verstärkt, sodaß das Oberkommando der französischen Kolonialtruppen wiederholt seine Luftwaffe einsetzte. Am Freitag griffen Truppen der Befreiungsarmee bei Salgon eine Lastwagenkolonne an und brachten den Begleitmannschaften empfindliche Verluste bei. 17 Lastkraftwagen wurden verbrannt.

Brotpreiserhöhung auf Befehl Mc Cloys

Von Willi Mohn

Der Minister für Ernährung und Landwirtschaft der separaten Adenauer-Regierung, Professor Niklas teilt mit, daß ab 1. Juli 1950 der Brotpreis erhöht werden soll. Nach seinen Erklärungen wird das Kilo Weizenbrot um 8 Pfennig teurer werden. Dr. Niklas bezeichnet in seiner Erklärung Weizenbrot als „Luxus“ und empfiehlt mehr Roggenbrot zu essen.

Die Erhöhung des Weizenpreises wird sich aber auch auf alle Weizenzeugnisse, wie Teigwaren, Gries usw. auswirken.

Mit dieser Maßnahme führt die Kolonialregierung Adenauer einen Befehl der Hohen Kommissare aus, die schon seit längerer Zeit den Fortfall der Subventionen der amerikanischen Lebensmittellieferungen fordern. Die Bindung an den Marshallplan, der Beitritt Westdeutschlands zum sogenannten Weltweizenpakt verpflichtet den westdeutschen Separatstaat ausschließlich Getreide aus Amerika zu beziehen und die durch die amerikanischen Weizenmonopole künstlich hochgehaltenen Preise zu bezahlen.

Die Brotpreiserhöhung wirkt sich nicht nur gegen den Verbraucher aus, sondern trifft auch den werktätigen Bauern, da der Verbraucher weniger Veredelungsprodukte wie Fleisch, Eier usw., die in erster Linie der Bauer erzeugt, kaufen kann. In den Genuß der Getreidepreiserhöhung von 260 auf 320 DM pro Tonne Weizen kommen in West-

Vor allem dieser letzte Mord verdient besondere Beachtung, weil er einem Staatssystem das Feigenblatt abreißt, das den Segen des Papstes und des Weißen Hauses dazu benutzt, um ohne Gerichtsurteil Menschen zum Tode zu verurteilen, die gegen Hunger kämpfen. Lentella ist ein Dorf in der süditalienischen Provinz Chieti in den Abruzzen mit etwa 1200 Einwohnern, von denen 160 arbeitslos sind. Es ist noch nicht einmal durch ein Telefon mit der Außenwelt verbunden. Es gab dort keinen bewaffneten Aufstand oder einen Angriff auf die Obrigkeit, nichts dergleichen.

Das einzige „Verbrechen“, das sich die hungernden Arbeitslosen von Lentella zuschulden kommen ließen, bestand darin, daß sie von ihrem Präfecten und von den Großgrundbesitzern Arbeit forderten.

Sie gingen dabei noch nicht einmal soweit wie in anderen Teilen Süditaliens und besetzten nicht das Land der Großgrundbesitzer. Sie unterstrichen ihre Forderung nach Arbeit nur dadurch, daß sie aus Protest gegen ihre jahrelange Arbeitslosigkeit ohne Einwilligung des Präfecten der Provinz Chieti mit dem Bau einer Straße begannen, mit einem Projekt, das schon jahrelang auf der Tagesordnung stand, und sie hätten sich mit wenig Lohn zufrieden gegeben.

Der Präfect der „christlich-demokratischen“ Regierung de Gasperi betrachtete

aber die Forderung von Arbeitslosen nach Arbeit als ein Verbrechen, das mit dem Tode gestraft werden muß. Er ließ daher von weither Polizei nach Lentella kommen, die sich keineswegs damit entschuldigen konnte, „in spontaner Reaktion“ gehandelt zu haben. Der Anmarschweg wäre schon weit genug gewesen, um jede spontane Regung abzukühlen.

Es wurden vielmehr mit Vorbedacht von den Polizeikräften des Präfecten zwei Arbeitslose erschossen, die ihr Recht auf Arbeit geltend machten: ein 41jähriger Familienvater von drei Kindern und ein jungverheirateter 26jähriger Landarbeiter, der noch nicht einmal ein Bett sein Eigen nennen konnte. Außerdem wurde eine Anzahl Arbeitsloser verletzt, deren Zahl nicht festzustellen war, weil die Verletzten aus Furcht vor weiteren Repressalien sich sofort in ihren Behausungen versteckten ließen und es daher noch nicht einmal möglich war, ihnen ärztliche Behandlung zu geben, nachdem einige Abgeordnete der Linken am Tatort angekommen waren.

Dieses brutale Vorgehen entlarvt das Regime der „christlich-demokratischen“ Regierung de Gasperi und ihr „soziales Bauernprogramm“, mit dem in der USA-hörigen Presse so viel Aufsehen gemacht wurde.

Es entlarvt aber auch die Regierung selbst, samt ihren Stützen, dem Vatikan

Schrittmacher des USA-Imperialismus

Großunternehmer für weitere Auslandsverschuldung und Kartellzwang

Düsseldorf. (EB) Die westdeutschen Großunternehmer verdienen durch verstärkte Ausbeutung der Werktätigen an der blinden Unterwerfung unter die Wünsche der amerikanischen Monopolkapitalisten. Es ist ihnen gleichgültig, daß bisher schon 2 Millionen Erwerbslose Opfer der von ihnen unterstützten Marshallplanpolitik geworden sind.

Anders ist die Erklärung des Präsidenten des „Bundesverbandes der Deutschen Industrie“, Fritz Berg, auf einer Tagung in Bad Dürkheim nicht zu verstehen, daß die deutschen Industriellen weitgehend mit der sogenannten „Freien Marktwirtschaft“ Erhard einverstanden seien und daß die Liberalisierung des Außenhandels — d. h. praktisch die rapide Zunahme der Auslandsverschuldung Westdeutschlands — weiter ausgebaut

werden müsse. Die deutschen Monopolisten erweisen sich als die ergebensten europäischen Schrittmacher des amerikanischen Imperialismus, wenn sie mit dieser Liberalisierung die wirtschaftliche Zusammenfassung Westeuropas als Grundlage der militärischen Angriffsstrategie des Atlantikpaktes, der Europaunion und des Waffenhilfsprogrammes fördern wollen.

Der mit der Liberalisierung verbundene Bankrott des westdeutschen Außenhandels vergrößert aber nicht nur das Elend der Arbeitslosigkeit, sondern gleichzeitig versuchen die deutschen Monopolisten, durch Wiedereinführung der Kartelle die kleinen und mittleren Unternehmen von sich abhängig zu machen und sie zum Schaden des ganzen deutschen Volkes auf ihre Katastrophopolitik festzulegen. Das geht daraus hervor, daß Berg die Wiederzulassung von Kartellen für die deutsche Industrie fordert. Die Antwort aller wahrhaften Patrioten gegenüber diesen dunklen Plänen muß der feste Zusammenschluß in der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands sein.

Der Gesinnungsterror

Berlin. (dpa) Der bisherige Leiter der Abteilung „Colloid“ beim Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin-Dahlem (amerikanischer Sektor), Prof. Dr. Robert Havemann, ist vom westberliner Magistrat suspendiert worden. Havemann soll, wie der Leiter des Instituts, Prof. Ueberreiter, am Sonnabend mitteilte, im sowjetisch kontrollierten Berliner Rundfunk den westberliner Magistrat scharf angegriffen und darüber hinaus der Bundesregierung „schmählichen Verrat“ vorgeworfen haben.

Er war bereits 1948 von der amerikanischen Militärregierung (I) als Verwaltungsdirektor des Instituts für physikalische Chemie abgesetzt worden. Damals war ihm vorgeworfen worden, notwendige (I) verwaltschaftliche Maßnahmen nicht ausgeführt und Bestimmungen des Kontrollrats verletzt zu haben.

und dem USA-Imperialismus, die alle den auf den Mord folgenden Streik als eine „politische Aktion“ denunzierten, den Mord selbst aber totzuschweigen versuchten. Dieses Verschweigen bedeutet aber Komplizität.

Nachdem die Mordtaten in den Städten sofortige Riesen Demonstrationen verursachten, versuchte die italienische Reaktion den Mord auf flache Land zu verlegen, in der Hoffnung, dadurch die Volksbewegung für Brot und Frieden terrorisieren zu können. Doch die italienische Reaktion hat sich getäuscht. Die Arbeiter in den Städten wehrten sich gegen den Mord auf dem Lande ebenso wie gegen den in der Stadt und erkannten seine ganz besondere Niederträchtigkeit. Sie antworteten mit einem zwölfstündigen Generalstreik im ganzen Lande, von dem selbst die erreaktionäre „New York Times“ vom 23. 3. 1950 mit Entsetzen feststellen muß, daß sich insbesondere der Süden des Landes geschlossener daran beteiligte als jemals zuvor, der Süden, „der bisher immer als der konservativste Teil Italiens betrachtet wurde.“

Dank der brutalen Politik der „christlich-sozialen“ Regierung de Gasperi geht insbesondere im Süden Italiens eine rasche Veränderung vor sich.

Gerade in den Provinzen, in denen sich unter dem Druck des Vatikan noch wenigen Jahren noch die Mehrheit der Bevölkerung für die Monarchie aussprach, in diesem „konservativen“, katholischen Süden, der die Partisanen-tradition des Nordens nicht teilte, sondern wo der italienische Faschismus durch die amerikanische Besatzung abgelöst wurde, steht heute das Volk auf und fordert sein Lebensrecht.

Die gewaltigen Bewegungen, die insbesondere im Süden Italiens stattfinden, sind eine geradezu klassische Widerlegung jener falschen „Theorie“, daß ein rückständiges Gebiet sich nicht sehr rasch in ein fortschrittliches verwandeln könne. Die Massenbewegung in Süditalien ist ein Beispiel für uns in Westdeutschland.

Wenn wir es verstehen, an die täglichen Sorgen und Nöte der Massen anzuknüpfen, und sie in ihrem gerechten Kampf für Brot und Frieden zu führen, werden wir auch in Westdeutschland sehr schnell die Fehlentscheidung vom 14. August korrigieren können. Dann wird die Bevölkerung Westdeutschlands ebenso schnell wie die von Süditalien erkennen, daß der Kampf um ein besseres Leben untrennbar mit dem Kampf gegen die dollarhörige Adenauer-Regierung verbunden ist, und sie wird denen, die sie aus mangelnder politischer Reife gewählt hat, den Fußtritt geben, den sie verdienen, in Westdeutschland wie in Süditalien.

Sie trauen sich nicht

„Dixmude“ noch immer unterwegs

Paris. (dpa) Der französische Flugzeugträger „Dixmude“, der als erste amerikanische Waffenlieferung an Frankreich 45 Flugzeuge an Bord hat, wird erst Anfang nächster Woche im Hafen von Bizerta (Tunis) eintreffen. Im Atlantik wurde die Fahrt des Schiffes durch heftige Stürme (I) verzögert. Die nordafrikanischen Kommunisten haben ihre Agitation auf diese Nachricht hin noch verstärkt. Die Hauswände Bizertas sind mit Plakaten bedeckt. Die kommunistischen Zeitungen fordern die Bevölkerung zu Massenkundgebungen auf.

Die Ankunft des Flugzeugträgers soll in der späten Nacht oder in den frühen Morgenstunden (die Kriegstreiber wissen warum, aber sie werden kein Glück haben) erfolgen. Das Material soll im Marinehafen von Bizerta ausgeladen werden. Ein starkes Aufgebot von Truppen- und Polizeieinheiten soll alle Störungen von kommunistischer Seite verhindern. In Frankreich hat man es aufgegeben, den Versuch der Entladung zu machen. In Nordafrika wird man aber genau so scheitern!



11. Fortsetzung

Ich weiß, daß die besten Männer Amerikas sich ihrer Einstellung den Negern gegenüber schämen. Aber meiner Ansicht nach sind Aerzte nicht nur deshalb gut, weil sie eine Diagnose stellen und die Krankheit erklären, sondern dadurch, daß sie diese Krankheit heilen. Ich stellte allen meinen Gesprächspartnern aus den Südstaaten die Gewissensfrage, ob sich in den letzten zehn Jahren die Lage der Neger gebessert habe. Sie gaben mir zur Antwort: „In einem Staate zum Beispiel, im Staate Atlanta, hat sie sich gebessert, in anderen aber verschlechtert. Im allgemeinen ist sie unverändert.“ Den Negern ist davon nicht leichter geworden, daß nach Lippmanns Ansicht Bilbo ein Uebel ist, denn Lippmann lebt in Neuyork oder Washington und schreibt außenpolitische Artikel. Die Neger jedoch leben im Staate Mississippi und zittern, wenn sie den Namen Bilbo hören.

Ich wende mich wieder Lippmann zu. Wir haben niemals die Vorträge Amerikas abgestritten, und wir verbergen weder vor uns noch vor anderen unsere eigenen Mängel. Ich bin aufrichtig begeistert von der amerikanischen Technik, von der schnellen industriellen Entwicklung Amerikas, von seinem Wissenschaftskult, von seinen ausgezeichneten Universitäten, Laboratorien, Museen und Bibliotheken. Ich schätze viele amerikanischen Schriftsteller, Schauspieler und Regisseure und ich glaube, daß wir vieles von ihnen lernen können. Wir kennen unsere eigenen

Mängel. Wir entlarven den Bürokratismus, ab und zu technische Rückständigkeit und manchmal auch die Brutalität — aber wir entlarven nicht um des Entlarvens willen, sondern um diese Fehler abzuschaffen. Lippmann versucht vergebens das Gesprächsthema zu wechseln: wir haben keine Sklavenshalter, und es handelt sich auch nicht darum, ob wir diese stumpfsinnigen und grausamen Rassisten als Menschen anerkennen.

XXIV

Auf einer Konferenz der Zeitungsverleger wurde ich von einem dieser Verleger gefragt: „Warum sprechen Sie vom Faschismus? Faschismus gab es in Italien — er ist mit Mussolini verschwunden.“ Dieser Kenner europäischer Angelegenheiten gibt eine Zeitung heraus, die man nicht anders als faschistisch bezeichnen kann.

Diese Faschisten haben den Kopf erhoben; sie kämpfen gegen den Fortschritt, gegen den Schatten Roosevelt, gegen die fortschrittliche Intelligenz, gegen die Arbeiter im Staate Georgia war im Frühjahr eine Ku-Klux-Klan-Parade veranstaltet worden. Das ist eine alte faschistische Organisation, die Programme und Lynchakte durchführt. Offiziell ist sie eine geheime Organisation, aber in Wirklichkeit arbeitet sie ganz offen; in den Mitgliedern „Der große Drache“ genannt. Zu dieser Parade erschienen die Herrschaften im Narrengewand mit Fackeln und

leisteten dem „Großen Drachen“ den Treueschwur. Sie haben ihm geschworen, die Neger zu zähmen, die Freidenker zu vernichten und eine „wirkliche Ordnung“ wiederherzustellen.

Viele Faschisten „setzen“ noch auf ihre deutschen Gesinnungsgenossen, die zwar zerfallen, aber nicht erschlagen sind. Die „Deutsch-Amerikanisch-Republikanische Liga“, an deren Spitze ein gewisser Kurt Märtig steht, fordert von Präsident Truman „die Vernichtung der sechs Millionen Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei im Reich zu verhindern“. Die Zeitung „Broom“ (San Diego) und die Agentur „Pioneer New Service“ (Chicago) beschäftigen sich ausschließlich mit der Rehabilitierung des Hitlerismus. Beim Lesen vieler amerikanischer Zeitungen muß man sich fragen, wer hat in Nürnberg geurteilt und wer wurde verurteilt?

Amerikanische Reaktionen sprechen viel von einer „Wiedergeburt Deutschlands“. Sie denken dabei nicht an eine Auferstehung des deutschen Volkes, sondern an die Wiederherstellung des preußischen Militarismus und des „Stahlhelms“.

Der Faschismus und die Reaktion finden einen dankbaren Boden im Bewußtsein des Durchschnittsamerikaners und in seiner politischen Naivität. Das politische Niveau des Durchschnittsamerikaners ist nicht hoch: die Amerikaner kennen wohl die intimen Angelegenheiten dieses oder jenes Senators, aber die Fragen der Staatsökonomie und die internationalen Beziehungen kennen sie nicht. Die amerikanischen Zeitungen schreiben oft, daß das Vorhandensein von zwei Parteien ein Pfand einer wahren Demokratie sei. Aber niemand kann sagen, wie die ideologischen Grenzen dieser beiden Parteien verlaufen und worin sich die Nordrepublikaner von den Süddemokraten unterscheiden. Der Durchschnittsamerikaner wundert sich nicht warum die Isolationisten von gestern, heute eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten verschiedener europäischer Staaten fordern. Jeder Durchschnittsamerikaner glaubt, daß er der Träger der echten Demokratie ist, aber er weiß nicht, daß seine eigenen Vertreter die Faschisten in Triest vor den Triester Demokraten mit Maschinengewehren schützen. Der Durchschnittsamerikaner ist von seiner eigenen Unabhängigkeit

überzeugt und hat vor nichts mehr Angst als vor „Propaganda“. Aber in Wirklichkeit spricht er doch das nach, was er in der Zeitung gelesen, im Radio gehört und auf der Leinwand gesehen hat.

XXV

Presse, Radio und Film befinden sich in den Händen verschiedener Truste, also mehr oder weniger solider Privatfirmen. Ein Redakteur einer großen Provinzzeitung sagte mir seufzend: „Unser Organ ist unabhängig, aber wir hängen von unseren Inserenten ab. Wenn uns die Inserate entzogen werden, können wir keine Woche mehr existieren.“ Auch die Radiosender gehören privaten Firmen, und sie existieren nur durch Klame.

Der Wunsch des Amerikaners, sich zu betäuben, sich zu unterhalten, von irgend etwas zu träumen, hat eine riesige Industrie entstehen lassen, und in Hollywood werden Standard-Träume genau so schnell und genau so gekonnt hergestellt wie in Chicago die Fleischkonserven. Für Millionen von Amerikanern bedeutet der Film ein wenig Lachen, ein paar Seufzer und die Schönheit des Stars. Aber für Hunderte von Kapitalisten bedeutet er eine gute Dividende. Filmkritiker schreiben die Geschichte dieser jungen Kunst; sie alle kennen Chaplin, Mamuljan oder Milstone. Aber von David Sernoy hat wohl noch keiner dieser Kritiker gehört, der vor langer Zeit einmal sagte: „Im vergangenen Jahr haben wir neunzehn Millionen Dollar verdient. Der Film ist in eine neue Epoche eingetreten: Der Hersteller und der Schauspieler haben aufgehört, Hauptpersonal zu sein; der Film hängt jetzt vom Ingenieur ab.“ Diese Traumfabriken sind gefährlicher als die Büchsenfleischfabriken: Die Filmhersteller organisieren die Seelenwelt des Durchschnittsamerikaners; sie impfen ihm eine portative, aber kräftig einprägende Moral ein, sie leiten seine Gefühle und Gedanken. Die Unternehmen können miteinander rivalisieren, indem sie Regisseure und Schauspieler in ihre Betriebe locken und doch unterwerfen sie sich einer inneren Zensur, der sogenannten „Haysschen“ Organisation, die mittellos all das ausmerzt, was als Freidenkeri scheitern könnte. Hays hat den berühmten „Kodex der Filmmoral“

geschaffen. In diesem Kodex steht: „Gesetze dürfen nicht verletzt werden; eine Verletzung der Gesetze darf nicht von Sympathieäußerungen begleitet werden; Verbrechen müssen so gezeigt werden, daß kein Protest gegen die Gesetze oder die Justiz zu erkennen ist; Religion darf nicht verspottet werden; kein Priester darf ein Verbrecher sein oder lächerlich gemacht werden.“ ...

Aber trotz dieses Kodex bliebt Hollywood doch das Schreckgespenst für Quäker und Sklavenshalter. Wenn auch die Filmproduzenten sich verpflichtet haben, die Diener der Kirchen nicht verächtlich zu machen, so verfluchen doch die Priester in tausend Kirchen Hollywood als eine „Versuchung des Teufels“ und einen „Sündenpfeil des Bösen“. Die klügeren Priester jedoch haben sich mit Hollywood ausgesöhnt. Manche Kirchen lasen Filme nach biblischen Themen herstellen: „Samson“, „Die Wunder Jesus Navins“ oder „Kain“. Ich sah an einer Kirchentür folgende Bekanntmachung: „In Kürze werden wir unseren lieben Gemeindegliedern einen Farbfilm über den Sündenfall zeigen. Die Rolle des Adam wird von dem berühmten Schauspieler Kerry Grant, die Rolle der Eva von dem ausgezeichneten Star Ingrid Bergmann übernommen.“ „Schade, daß nicht auch zu sehen war, wie die Rolle der Schlange spielen soll; eine Boa oder sonst eine Riesenschlange ...“

Natürlich setzt sich die Kunst durch, denn in Hollywood arbeiten Dutzende talentierter und kühner Menschen, aber sie sind von einer Wand des Mißtrauens und von Feindseligkeiten umgeben. Charlie Caplin hat am eigenen Leibe erfahren müssen, was es bedeutet, gegen die Welt des Kapitals anzugehen. Er wurde verleumdet, und sie versuchten, ihn zu vernichten. Aber er setzt doch seine Arbeit fort — sogar die allmächtige Presse und die überall zu findenden Pastoren wurden vor seinem Genie, vor seinem Ruhm machtlos. Doch wie viele junge Begabungen haben diese Traumfabriken untergehen lassen! An den Gestalten der Stars aber werden sich Millionen Menschen mit Entzücken, sie lachen weiter, und sie träumen weiter; sie erkennen nicht, daß ihr Lachen, ihre Schwermut und ihre Träume nach einem genau festgelegten Schema ausgearbeitet werden.

An alle, die den Frieden wollen!

Aufruf des Landesfriedenskomitees zur Unterschriften-Sammlung für den Frieden

Gegen die zunehmende Kriegshetze und die Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland hat sich eine Friedensbewegung entwickelt, die ständig im Wachsen begriffen ist. Dies beweisen die anlässlich des Internationalen Frauentages auch bei uns in Südbaden durchgeführten Friedensveranstaltungen, in deren Zusammenhang Tausende von Friedenskarten, die gegen die Remilitarisierung Westdeutschland und für den Frieden Stellung nehmen, unterschrieben und an Bundeskanzler Adenauer gesandt wurden. Der Friedenswille unserer Bevölkerung kam auch in den jüngst mit Domprediger Kleinschmidt, Teilnehmer am Weltfriedenskongress, durchgeführten Veranstaltung der Friedensfreunde zum Ausdruck, die in einigen Orten zur Gründung von Friedenskomitees geführt haben.

Die nun vom Komitee der Kämpfer für den Frieden beschlossene Unterschriften-Aktion, welche in ganz Westdeutschland in der Zeit vom 9. April bis 1. Mai durchgeführt wird, und zu deren Unterstützung wir hiermit die ganze südbadische Bevölkerung aufrufen, wird ein wesentlicher Beitrag zur Organisierung der Friedenskräfte auch in Südbaden darstellen.

Sammelt Unterschriften in den Betrieben, in der Schule und der Universität, auf den Sportplätzen, von Haus zu Haus in Stadt und Land. Bildet Aktionskomitees in den Betrieben, nütze die Zusammenkünfte der Gewerkschaften, der Jugend-, Sport- und Kulturorganisationen aus, um in Resolutionen und Zustimmungserklärungen die Unterschriftenaktion zu unterstützen.

Es gilt auch bei uns in Südbaden Zehntausende von Unterschriften zu sammeln und Tausende, die durch ihre Unterschrift ihren Willen zum Frieden bekunden, zu Helfern für die Unterschriftensammlung selbst zu gewinnen. Diese Aktion muß gleichzeitig dazu beitragen, die bestehenden Friedenskomitees zu festigen und neue Komitees in Stadt und Land zu schaffen. Sie soll weiter dazu beitragen, den Landesfriedenskongress, den wir am diesjährigen Mittwoch, am 24. Mai, in Freiburg gedenken, vorzubereiten.

Wir schlagen aus diesem Grund vor, daß die örtlichen Friedenskomitees und alle Friedensfreunde zu der am 8. April in Freiburg stattfindenden vorbereitenden Besprechung zur Bildung eines Landesfriedenskongresses Vertreter entsenden.

Das Programm der Kämpfer für den Frieden in ganz Westdeutschland wird auch bei uns in Südbaden die Grundlage unserer Arbeit sein.

In diesem Sinne kämpfen wir für die Verhinderung der Remilitarisierung Westdeutschlands, die durch die Bereitstellung

eines westdeutschen Truppenkontingents für die Atlantikpakt-Armee verwirklicht werden soll.

Wetter fordern wir die sofortige Einstellung und das Verbot jeglicher Anwerbung von Deutschen für die Fremdenlegion und die Schließung aller Werbebüros.

Wir bekämpfen jede Form der militärischen Ausbildung und jede Form des Arbeitsdienstes und werden die Herstellung jeglichen Kriegsmaterials zu verhindern suchen. Wir fordern das Verbot der Atomwaffen und verlangen die friedliche Verwertung der Atomenergie. Kein Deutscher darf zum Transport und Verladen von Kriegsmaterial gezwungen werden.

Wir kämpfen für die Befreiung Deutschlands von den Besatzungstruppen und fühlen uns verbunden mit den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern der Kolonialgebiete.

Unser Ziel ist die Aufhebung der Spaltung unseres Vaterlandes, die Wiederherstellung der deutschen Souveränität, die Beseitigung des Besatzungsstatus, des Ruhrstatus, des Sicherheitsstatus, der anglo-

amerikanischen Besatzungsmächte, durch die das deutsche Volk in dauernde Abhängigkeit gezwungen werden soll, um es dadurch für die geplanten Kriegsabenteuer der Imperialisten gegen die Sowjetunion mißbrauchen zu können.

Wir kämpfen gemeinsam mit den Arbeitern, die ihre Betriebe vor der Zerstörung retten. Gemeinsam mit den Bauern, deren Existenz durch die Ueberflutung des westdeutschen Marktes durch ausländische Lebensmittel ruiniert wird. Gemeinsam mit den Arbeitern und kleinen Unternehmern, die völlig freien Handelsbeziehungen mit der Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, mit der Sowjetunion, mit China und mit den anderen Volksdemokratien fordern, um Aufträge für ihre Betriebe zu erhalten und den Arbeitslosen wieder Arbeit zu verschaffen.

Wir bekämpfen die Unterdrückungsmaßnahmen, die den Widerstand der Völker gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen brechen sollen. Wir verlangen das demokratische Recht, die Kriegstreiber anzuprangern, der Zerstörung der Friedens-

industrie in Wort und Schrift entgegenzutreten und das deutsche Volk gegen die koloniale Unterdrückung durch Ruhrstatus, Besatzungsstatus, die mit Hilfe der Bonner Politiker durchgeführt wird, zu organisieren. Wir setzen uns dafür ein, daß der Nervenkrieg beendet und das Vertrauen unter den Völkern wieder hergestellt wird.

Wir wollen Frieden und Freundschaft mit allen Völkern und wenden uns daher gegen jede Form von Kriegshetze gegen die Sowjetunion, die die Weltfriedensfront gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen führt.

Die Unterschriftenaktion, welche vom 9. April bis zum 1. Mai durchgeführt wird, muß ein machvolles Bekenntnis unserer Bevölkerung werden. Zeichnet Euch ein in die Listen der Kämpfer für den Frieden und bekennt durch Eure Unterschrift, daß auch Ihr für die Erhaltung des Friedens kämpft.

Zuschriften sind zu richten an die Adresse des Komitees der Kämpfer für den Frieden, Freiburg, Schwarzwaldstr. 14, zu Händen von Herrn Gießler.

Pfeifkonzerte

beim Besuch des französischen Hohen Kommissars

200 000 DM Pflaster für unabsehbare Besatzungszeit — Freiburg zahlt 5000 DM für Europakongress

Freiburg. Unter der Parole „deutsch-französische Verständigung“, wie sie die Manager der Atlantikpaktfront verstehen, werden nach Presseberichten zur Zeit Besuche höherer französischer Beamten in Südbaden und Veranstaltungen der verschiedenen Unterorganisationen des Atlantikpaktkonzerns der amerikanischen, englischen und französischen Hochfinanz durchgeführt.

So besuchte der französische Hohe Kommissar und Minister Schneider aus Paris die Kurstadt St. Blasien, im Kreise Neustadt, wo sie, wie es heißt, nach echt studentischer Manier empfangen wurden.

Nach den uns bekannt gewordenen Berichten veranstalteten die Insassen des St. Blasien Sanatoriums bei der Ankunft der französischen-deutschen Delegation, in der sich auch Staatspräsident Wohlleb, Innenminister Schüly, Landrat Mallebrin sowie die Direktoren der Freiburger Universität und des Jesuitenkollegs St. Blasien befanden, ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert und ließen tausende kleiner Papierflieger aufwirbeln.

Dieser nach deutschen Begriffen zum mindesten etwas seltsame Empfang war wahrscheinlich der Anlaß, daß die nächtliche Abfahrt oder Rückkehr am Freiburger Hauptbahnhof unter außerordentlich starker Be-

wachung durch Polizei- und Kriminalbeamte vor sich ging.

In Offenburg verbleibt eine starke Besatzung

Etwa zur selben Zeit begab sich der französische Landeskommissar, Mr. Pene von Freiburg nach Offenburg, wo er der Stadt einen Scheck über DM 200 000 überreichte, den Mr. Francois Poncet der Stadt Offenburg zur Unterstützung des sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellte.

Mit diesem Geschenk, erklärte Pene, wolle der Hohe Kommissar nicht nur der Stadt Offenburg einen Dienst erweisen, sondern er betrachte diese Spende auch als eine symbolische Geste von besonderer Bedeutung für das deutsch-französische Problem. Wie er weiter erklärte, gelte Offenburg zusehends als Prüfstein. Je nachdem, wie die Stadt mit dem Geld verfähre, würde die Besatzungsmacht in Zukunft auch für andere Städte des Besatzungsgebietes praktische Beweise der Zusammenarbeit zwischen deutschen und französischen Stellen geben.

Der Landeskommissar sagte weiter, daß Offenburg aufgrund seiner Lage so lange mit einer starken Besatzung durch französische Truppen zu rechnen haben werde, wie die Besatzungsmacht im Lande verbleibe.

Der Offenburger Oberbürgermeister Heltz, der durch unzählige Verbeugungen und mit strahlendem Gesicht seinen Dank für dieses wahrlich hochherzige Geschenk Ausdruck verlieh, meinte dazu, man müsse in Rechnung stellen, daß Jedermann das Recht auf ein Heim habe. Daher wäre es verständlich, daß die Besatzungsangehörigen, die für längere Zeit ihrer Heimat fern seien, ausreichenden Wohnraum zu beanspruchen hätten. Es gelte, einen Kompromiß zu finden, um den Wohnungssuchenden beider Nationen gerecht zu werden.

Die Offenburger Bevölkerung wird zu der in der Besprechung bekanntgegebene Absicht der Besatzungsmacht, Offenburg nach wie vor mit einer starken Truppenbesatzung zu bedenken, zweifellos eine eigene Meinung haben, die sicher von der des OB verschieden sein wird. Mit einem sogenannten „Kompromiß“, der wiederum auf Kosten der unter der Wohnungsnot leidenden Bevölkerung geht, wird diese sich auf keinen Fall zufrieden geben.

Die Freiburger zahlen...

Genau so wenig wie die Freiburger Bevölkerung, die den zur Zeit in Freiburg ablaufenden Kongress der UNION FEDERATION

Nur - ob sie davon satt werden ... ?

Wie uns das Landratsamt Offenburg mitteilt, — aber nein, das müssen Sie im Wortlaut lesen:

„Der Herr Bundespräsident übernimmt zur Ehrung kinderreicher Familien deutscher Staatsangehörigkeit, die ihren Wohnsitz im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland haben, die Ehrenpatenschaft in solchen Fällen, in denen einschließlich des Patenkindes sieben lebende eheliche Kinder vorhanden sind, die von demselben Vater stammen. Diesen stehen gleich die vorerlebten Kinder bei denen der Vater die Vaterschaft anerkannt hat. Voraussetzung ist, daß das 7. Kind nach dem 12. September 1949, dem Tag der Wahl des Bundespräsidenten, geboren wurde. Die Ehrenpatenschaft wird vom Bundespräsidenten in derselben Familie nur einmal übernommen.“

Trari-trara, jetzt kann also nichts mehr passieren! Der Bundespräsident übernimmt die Ehrenpatenschaft! Was macht es da z. B. aus, wenn Sie mit Ihren sieben Kindern, dank der Politik des Herrn Präsidenten, „zufällig“ arbeitslos sind! Sie haben ihn doch als Ehrenpaten! Und wenn Ihre sieben Kinder zufällig nach Brot schreien sollten, so sagen Sie ihnen, daß sie Ehrenpatenkinder des Bundespräsidenten sind. Sicher sind sie danach still.

Damit Sie nicht in Versuchung kommen, zu glauben, dieser Schritt bedeute nur der Anfang einer großzügigen Unterstützung für kinderreiche Familien, fährt die amtliche Mitteilung jedoch ausdrücklich fort: „Irgendwelche Verpflichtun-

gen für den Ehrenpaten, auch hinsichtlich der Gewährung eines Patengeschenkes, dürfen aus der Annahme der Ehrenpatenschaft nicht hergeleitet werden. Im Rahmen der verfügbaren Mittel übersendet der Bundespräsident jedoch ein Patengeschenk in Gestalt einer Geldspende. Diese Spende setzt er nach freiem Ermessen fest, wenn in der Familie eine Notlage besteht.“

Auf Deutsch: bekommen werden Sie aller Wahrscheinlichkeit nach nichts. Aber das ist ja auch nicht so entscheidend: Sie müssen doch allein schon die gewaltige Ehre zu schätzen wissen.

Man muß nicht immer so nach materiellen Gütern streben. Der Herr Bundespräsident tut es auch nicht. Er begnügt sich mit der bescheidenen Summe von 50 000 DM Jahresgehalt, 100 000 DM Aufwandsentschädigung 60 000 DM Dispositionsfonds und einer kompletten, freien Dienstwohnung. Das ist gerade das Notwendigste von dem, was ein Bundespräsident der internationalen Großmacht Westdeutschland braucht.

Auch Sie werden sicher ohne weiteres einsehen, daß er das einfach haben muß, auch wenn es dann nicht mehr reicht, um den kinderreichen Familien eine wirkliche Hilfe zukommen zu lassen. Die haben ja dafür den Bundespräsidenten als Ehrenpaten und wenn ihre Kinder Hunger haben, geben sie ihnen die Ehrenurkunde zum Knabbern.

Da soll noch einmal einer sagen, der Bundespräsident habe kein Herz für die armen Leute!

Weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage

Offenburg. Wie wir aus dem Bericht des Arbeitsamtes Offenburg-Lahr-Wolfach entnehmen, hat sich die Arbeitsmarktlage in diesen Kreisen weiter verschärft.

Die Zahl der Arbeitssuchenden hat im Februar eine Steigerung um 11 und die der Erwerbslosen um 18 Prozent erfahren. Industrie, Handel und Behörden haben wiederum Angestellte zur Entlassung gebracht. Auch die in Kehl, in französischen Sägewerken beschäftigten Arbeiter wurden entlassen. Obwohl einzelne Firmen der Tabakindustrie zugesagt haben, einige Arbeiter wieder einzustellen, macht sich die Steuersenkung der Tabakwaren auf dem Arbeitsmarkt nicht im geringsten bemerkbar.

Auch die Zahl der kurzarbeitenden Betriebe hat sich ebenfalls von 145 (3675 Beschäftigte) auf 182 Firmen (4022 Beschäftigte) gegenüber dem Vormonat erhöht, an deren Spitze die Tabakindustrie mit 81 Betrieben und 3071 Arbeitnehmern, ihr folgt das Baugewerbe mit 45, das Holz- und Schnitzstoffgewerbe mit 15 und das Bekleidungs- und Metallgewerbe mit je 10 Betrieben.

Eine vorbildliche Belegschaft

Hornberg. Die Betriebsleitung der Steingutfabrik Schwarzwald GmbH in Hornberg hatte die Absicht, auf Grund der bekannten Aufhebung der einschränkenden Bestimmungen über die Bildung von Betriebs- und Ersatzkassen die früher bestandene Betriebskrankenkasse wieder zu errichten. Daß die Anregung von der Betriebsleitung ausging, zeigt schon, in welchem Interesse die Wiedererrichtung gelegen hätte. In vorbildlicher Weise hat nun die Belegschaft des genannten Werkes sich in einer vorgenom-

men Abstimmung einmütig gegen eine Wiedererrichtung der früheren Betriebskrankenkasse und für das Verbleiben in der AOK Wolfach ausgesprochen. Ein vorbildlicher Beweis von Arbeitssolidarität und sozial-politischem Verständnis.

Triebwagen auf der Schwarzwaldbahn

Offenburg. Ein für den Fernverkehr außerordentlich wichtiges D-Zugpaar, das im Winterfahrplan der Bundesbahn bereits angegeben aber nur nach besonderer Anordnung in Betrieb genommen werden sollte, wird nun ab 1. April 1950 täglich verkehren. Es handelt sich um den Schnellzug Nr. 575, der um 13,46 in Richtung Offenburg von Donaueschingen abfährt und hervorragende Anschlüsse an Fernverbindungen vermittelt und denjenigen der aus Offenburg kommend in Richtung Konstanz, Donaueschingen um 20,13 verläßt.

Für Arbeitslose und Flüchtlingsempfänger

Rastatt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund Kreisausschuß Rastatt, teilt uns mit, daß es ihm dank Entgegenkommen der Residenz- und Schloßlichtspiele, sowie der Stadtverwaltung (letzterer durch Erlaß der Vergünstigungssteuer) möglich wurde, ab 1. April 1950 an Erwerbslose und Fürsorgeempfänger monatlich eine bestimmte Anzahl Kinokarten zum Preis von 0,50 DM und ein kleines Quantum Freikarten für völlig Mittellose abzugeben.

Die Karten für Monat April können am

Ein Erfolg des einheitlichen Wollens

Gesetz über Mindesturlaub in Württemberg-Baden endgültig angenommen

Stuttgart. (VSt) In der gestrigen Sitzung des württembergisch-badischen Landtages wurde das Gesetz über die Regelung des Mindesturlaubs, das zunächst Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit war, weil CDU und DVP anfänglich gegen die Verlängerung des Gesetzes auftraten, gegen die Stimmen der meisten Abgeordneten der DVP in dritter Lesung angenommen.

Die DVP erklärte in der gestrigen Sitzung erneut, daß die Urlaubsregelung ihrer Ansicht nach nicht auf gesetzlichem Wege erfolgen solle und wandte sich damit gegen das Urlaubsgesetz überhaupt. Ihrer Erklärung,

daß sie dagegen für eine Urlaubsregelung für Jugendliche und Schwerbeschädigte sowie Blinde sei, kann man danach nur agitatorischen Wert beimessen. In einem Antrag zur dritten Lesung verlangte die DVP außerdem, daß die politisch Verfolgten von dem Zusatzurlaub ausgenommen werden sollten und sie brachte es durch den Mund ihres Abgeordneten Keßler fertig, dies als eine Maßnahme zugunsten dieses Personenkreises darzustellen, weil die politisch Verfolgten selbst den Schaden durch diese Begünstigung hätten, indem sie bei Neueinstellungen keine Berücksichtigung finden würden.

Gegen diese heuchlerische Erklärung wand-

te sich Abg. Rueß (KPD), der darauf hinwies, daß die politisch Verfolgten heute noch unter den Folgen ihrer erlittenen gesundheitlichen Schädigungen leiden. Die DVP, sagte Rueß, habe ein weites Herz für die sogenannten „Verfolgten aus der Zeit nach 1945“ bewiesen und sie nehme offenbar an, daß nun die Zeit gekommen sei, offen gegen die Kämpfer gegen den Faschismus vorzugehen. Die DVP wolle einen Teil unseres Volkes politisch treffen.

Der Antrag der DVP wurde gegen die Stimmen der DVP-Fraktion und einiger CDU-Abgeordneter abgelehnt.

Die endgültige Annahme des Urlaubsgesetzes, für dessen Verlängerung die kommunistische Fraktion die Initiative ergriffen hatte, ist unbedingt und ausschließlich als ein Erfolg der Arbeiterschaft und der Jugend zu werten. Es ist kein Zweifel, daß die CDU- und DVP-Mehrheit des württembergisch-badischen Landtages noch vor Wochen entschlossen war, dieses Gesetz nicht zu verlängern. Diese Gefahr rechtzeitig erkannt zu haben und ihr in so entschiedener und erfolgreicher Form begegnet zu sein, stellt der Arbeiterschaft ein gutes Zeugnis aus. In zahllosen Protestresolutionen, durch die Entsendung von Delegationen in den Landtag usw. gab sie ihrem Willen Ausdruck.

Mit dieser erfolgreichen Aktion ist aber der Beweis erbracht, daß ein entschlossenes und gemeinsames Wollen und Handeln sehr viel vermag. Sie ist ein guter Auftakt zu der bevorstehenden Auseinandersetzung der Metallarbeiter mit den Unternehmern um eine 15prozentige Lohnerhöhung.

Fahrerflucht

Konstanz. Vergangene Woche fuhr in der Reichenaustraße ein mit hoher Geschwindigkeit fahrendes Personauto eine Radfahrerin an, die sich auf dem Bürgersteig befand. Sie wurde zu Boden gerissen und blieb mit einem komplizierten Beinbruch liegen. Der rücksichtslose Fahrer fuhr weiter, trotzdem er den verschuldeten Unfall bemerkt hatte.

Aus dem Parteileben

Freiburg. Achtung, Genossinnen! Heute Abend findet eine wichtige Zusammenkunft aller Freiburger Genossinnen statt, zu der hiermit eingeladen wird. Beginn pünktlich 20 Uhr in den Räumen der Landesleitung, Vaubanstraße 12.

Offenburg. Am Montag, 3. April, um 20 Uhr findet eine Vollversammlung der Funktionäre im „Grünen Baum“ statt.

TERMINE DER FDJ

Termine der FDJ
Die südbadischen FDJ-Gruppen haben ihre regelmäßigen Gruppen - Zusammenkünfte zu folgenden Terminen:
Baden-Baden: Jeden Dienstag, 20 Uhr, im Jugendheim, Selterstraße.
Singen: Jeden Mittwoch, 20 Uhr, im Haus der Jugend, Scheffelstraße.
Freiburg: Jeden Mittwoch, 20 Uhr, im Heim der Jugend, Rottecksplatz.
Lörrach: Jeden Donnerstag, 20 Uhr, im Haus der Jugend, Altes Stadttheater.
Tiengen: Jeden Donnerstag, 20 Uhr, im Jugendheim.
Offenburg: Jeden Donnerstag, 20 Uhr im Haus der Jugend.
Waldshut: Jeden Freitag, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Blumberg: Jeden Samstag, 20 Uhr, in der Schule.

In diesen Gruppenabenden kann alles Wissenswerte über die Teilnahme am Deutschlandtreffen in Erfahrung gebracht werden. Wir bitten alle Interessenten, sich an obige Stellen zu wenden.

Achtung, Konstanzer Jugend!

Konstanz. Alle Jungen und Mädchen aus Konstanz, die den Frieden und unser Vaterland lieben, werden gerufen! Am Dienstag, den 4. April, abends 20 Uhr findet im Gasthaus „Schausland“, Wolmaltinger Str., die Gründung der Konstanzer Gruppe der FREIEN DEUTSCHEN JUGEND statt. Den Frieden, der allein die Grundlage für eine bessere Zukunft für uns sein kann, muß man nicht nur wollen, sondern für ihn kämpfen! Um für den Frieden zu kämpfen, braucht man aber eine starke, fortschrittliche Organisation. Deshalb fordern wir alle Konstanzer Jungen und Mädchen auf: kommt alle zur Gründungsversammlung der FREIEN DEUTSCHEN JUGEND!

Versammlung des VdK

Ottenhöfen. Am Sonntag, den 26. März, fand in Ottenhöfen im „Pflug“ eine vorbereitende Zusammenkunft für die Kreisversammlung des VdK am 2. April in Bühl statt, auf der Landesvorsitzender Kopp und Schläpfer, Freiburg, in der Stadthalle sprechen werden.

Am 19. April, so teilte Kam. Rösch mit, werde in Ottenhöfen und am 29. Mai in Kappelrodeck ein Sprechtag stattfinden.

Auf Vorschlag des Kam. Feist wurde die Kassierung durch Unterkassierer besprochen.

Der Vorsitzende gab das Landessammel-Ergebnis des VdK mit 190 000 DM bekannt. Ottenhöfen habe 634 DM und 912 DM mit Seebach und Hirschenberg zusammen gesammelt. Die Sammlung ist für den Ausbau und die Errichtung von Erholungsheimen bestimmt.

Der ADAC wird am 23. April für die Kriegsveteranen eine Blütenfahrt ins Blaue veranstalten — nach Hamburg vorbildlich.

Die Versammlung fand scharfe Worte der Kritik, als Versorgungsanträge einigen Kriegervetern zurückgegeben wurden. Das Versorgungsamt Freiburg hatte abgelehnt. Geldmangel war der Grund, den das Versorgungsamt weismachen wollte. Ein Zwischenrufer meinte: „Aber für die Minister sind immer Gelder da!“ Ein anderer Versammlungsteilnehmer erinnerte an das Wort: „Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß.“ Ohne Kampf wird nichts erreicht werden!

Fußball-Resultate

Table of football results including Süddeutsche Oberliga, Norddeutsche Oberliga, Westdeutsche Oberliga, Südliga, Oberliga Südwest, Privatspiele, Länderspiel, Landesliga Nordbaden, Süddeutsche Handballmeisterschaft, and Neuer Schwimmweltrekord von Geertje Wielema.

SPORT-ECHO vom Sonntag

Starke Männer in „pfundigem“ Wettstreit

In spannungsvollem Kampf hob Süddeutschland 15 Pfund mehr als Nordwestdeutschland

Es waren keine Zehntausende, es waren nicht einmal Tausend, die in der Halle des KSV 84 den Länderkampf im Gewichtheben zwischen Süddeutschland und Nordwestdeutschland miterlebten...

sportlicher Haltung von beiden Mannschaften durchgeführt und er war von Anfang bis Ende voll höchster Spannung. Nachdem Nordwestdeutschland beim ersten Wettbewerb durch seinen Bantamgewichtler Dorawa in Führung gegangen war...

Wagner, die überhaupt ihren großen Ruf nicht ganz gerecht wurden, beim beidarmigen Stoßen einen zu großen Sprung vom ersten zum zweiten Versuch gemacht hätten.

Es wurde in der Reihenfolge beidarmig Drücken, beidarmig Reißen und beidarmig Stoßen gekämpft und die einzelnen Leistungen in den Gewichtsklassen Bantam-, Feder-, Leicht-, Mittel-, Halbschwer- und Schwergewicht waren:

Süddeutschland: Krämer: 145, 145, 190 = 480 Pfund; Wagner: 160, 160, 215 = 535 Pfd.; Weil: 175, 185, 230 = 590 Pfd.; Höllerer: 190, 195, 260 = 645 Pfund; Scheibe: 190, 200, 250 = 640 Pfd.; Aaldering: 260, 235, 305 = 800 Pfund.

Nordwestdeutschland: Dorawa: 150, 170, 210 = 530 Pfd.; Rathjen: 150, 165, 210 = 525 Pfd.; Jansen: 180, 180, 240 = 600 Pfd.; Wagner: 205, 190, 250 = 645 Pfd.; Clausen: 210, 220, 280 = 710 Pfd.; Dernax: 200, 200, 265 = 665 Pfd.

Im beidarmig Drücken schaffte Süddeutschland mit 1120 Pfund 25 Pfund mehr, während im beidarmig Reißen und beidarmig Stoßen Nordwestdeutschland mit 1125 bzw. 1455 Pfund jeweils 5 Pfund mehr erzielte.

Gesamtergebnis: Süddeutschland 3690 Pfd., Nordwestdeutschland 3675 Pfd. Dem Kampf ging ein Empfang der Gäste voraus, wobei Amtsrat Kleemann und Beigeordneter Professor Langer die auswärtigen Sportler im Auftrag der Stadtverwaltung begrüßten.



Augsburger Verteidiger Mann und Lötke springen nach dem Ball. Der Torwart war selten „im Bilde“

War das der Augsburgers Totoschreck?

Der Deutsche Meister VfR überannte den BC Augsburg 6:0

VfR: Jöckel; Henninger, Röbling; Müller, Keulerber, F. Rohr; Isacker, Langlotz, Lötke, De la Vigne, Bolleyer. BC Augsburg: Klingler; Kneidel, Mann; Niklasch, Hilner, Bohner; Netti, Schlump, Müller, Platzer, Hagen.

lichen Glanzleistungen einiger Spieler, wie Mann in der Verteidigung oder Nicklasch in der Läuferreihe und völliger Kopflösigkeit der gesamten Abwehr, die dem VfR-Sturm das Tormachen noch mehr erleichterte.

SpVgg Fürth - Kickers Offenbach 2:2. Trotz dem heftigen Regen und glatten Boden sahen die 12 000 Zuschauer in Ronhof ein ausgezeichnetes Spiel zwischen dem Südd. Meister und seinem vorläufigen Nachfolger.

Neckarau - Brötzingen 7:0. Es sah anfänglich nicht nach so hohem Sieg der Neckarauer aus, denn Brötzingen wehrte sich bis zur Pause mit aller Macht und nicht ohne Erfolg.

VfL Neckarau ist Landesligameister

Endete in der Berliner Sporthalle unentschieden. Der Titelverteidiger mußte zwar einige Male zu Boden gehen, doch kam das Kampfergebnis nicht zu einer Entscheidung gegen den Meister, sodaß er seinen Titel weiter behält.

Stretz blieb Meister im Mittelgewicht. Der Meisterschafts-Boxkampf zwischen dem Titelverteidiger Hans Stretz und seinem Herausforderer, dem Berliner Gerhard Hecht

Table of football results including Süddeutsche Handballmeisterschaft, Süddeutsche Oberliga, and Neuer Schwimmweltrekord von Geertje Wielema.

Neuer Schwimmweltrekord von Geertje Wielema. Einen neuen Weltrekord über 200 Meter Rücken stellte die holländische Schwimmerin Geertje Wielema am Sonntag in Hilversum mit 2:35,3 Minuten auf.

Neuer japanischer Staffel-Weltrekord. In Sao Paulo stellte eine japanische Schwimmstaffel mit 8:40,6 Minuten einen neuen Weltrekord über 4 mal 200 Meter Freistil auf.

Preußen Krefeld Zweiten in der Eishockey-Meisterschaft. Der VfL Bad Nauheim und Preußen Krefeld trennten sich am Sonnabend im letzten Eishockey-Meisterschaftsspiel der Saison vor 3000 Zuschauern im Bad Nauheimer Eistadion 1:1 (1:1, 0:0, 0:0).

Terminänderungen in der süddeutschen Oberliga. Wegen des Protestes verschiedener Vereine der süddeutschen Oberliga ist die kürzlich abgeänderte Terminliste der süddeutschen Oberliga im Einvernehmen mit allen Vereinen revidiert worden.

Der Terminplan für 2. April bleibt bestehen. Das Spiel Stuttgarter Kickers - 1860 München am Ostersonntag wurde abgesetzt.

Am 16. April fällt das Spiel 1860 München - Eintracht Frankfurt aus. Dafür spielt VfB Mühlburg - 1860 München. Die Spiele vom 22. April bis einschließlich 7. Mai werden wie angesetzt ohne Änderungen ausgespielt.

Am 14. Mai fallen die Spiele Schwaben Augsburg - Stuttgarter Kickers und VfB Mühlburg - 1860 München aus. Dafür spielen die Stuttgarter Kickers - 1860 München (13. 5.). Alle anderen Paarungen bleiben bestehen.

Wie anders war der VfR-Sturm, der alle Register zog und über das Feld spritzte wie schon lange nicht, als er die Schwächen der Augsburgers Abwehr erkannt hatte und eine reiche Torausbeute zu wittern begann.

Der VfR-Sturm, der alle Register zog und über das Feld spritzte wie schon lange nicht, als er die Schwächen der Augsburgers Abwehr erkannt hatte und eine reiche Torausbeute zu wittern begann.

Pöschl und Hermann hinausgestellt

FSV Frankfurt - 1. FC Nürnberg. Der FSV Frankfurt mußte sich gegen den 1. FC Nürnberg bei schlechten Platzverhältnissen nach überlegen geführtem Spiel mit einem torlosen Ausgang begnügen.

Bayern München - Stuttgarter Kickers 2:1. Für beide Mannschaften stand viel auf dem Spiel und die Bayern wußten ganz genau, daß sie im Falle einer Niederlage auch noch in den Abstiegsstrudel hineingerissen würden.

Der Kampf war eigentlich schon nach einer Viertelstunde entschieden, als dem bereits nach drei Minuten erzielten Führungstreffer rasch das zweite Tor folgte.

Der Kampf war eigentlich schon nach einer Viertelstunde entschieden, als dem bereits nach drei Minuten erzielten Führungstreffer rasch das zweite Tor folgte.

Der Kampf war eigentlich schon nach einer Viertelstunde entschieden, als dem bereits nach drei Minuten erzielten Führungstreffer rasch das zweite Tor folgte.

hervorragend abwehrenden Stuttgarter Torwart nicht zu überwinden. Die Bayern konnten nach einer halben Stunde durch einen verwandelten Foulelfmeter in Führung gehen.

VfB Stuttgart - Eintracht Frankfurt 1:0. 90 Minuten lang spielte der VfB Stuttgart gegen Eintracht Frankfurt (1:0) überlegen. Erst in der 80. Minute gelang durch Läßle das einzige Tor.

Advertisement for Osterwünsche Damenstrümpfe, listing various types of stockings and their prices, including Nylon, Linksstrümpfe, Cotton-Linksstrümpfe, Arwa, and Chiffon-Tücher.